

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Berliner Verwaltungen international verständlich machen – Englisch als weitere Verkehrssprache etablieren!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum Ende der 19. Wahlperiode

1. in sämtlichen Verwaltungsbereichen Englisch als ergänzende Verkehrssprache zu etablieren;
2. dafür Sorge zu tragen, dass die Fremdsprachenkompetenz der Beschäftigten dementsprechend gefördert und weiterentwickelt wird, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Selbstständige in allen relevanten Bereichen der Verwaltung auf Wunsch auch in englischer Sprache kommunizieren können;
3. das entsprechende Qualifizierungsangebot, in Form von sprachlichen Fortbildungsprogrammen, zielgerichtet zu ermitteln, entsprechend auszuweiten und standardmäßig anzubieten. Die Bereitstellung des Qualifizierungsangebotes durch die Verwaltungsakademie Berlin ist zu etablieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. September 2023 zu berichten.

Begründung

Die Metropole Berlin ist inzwischen Wahlheimat vieler globaler Unternehmen und Fachkräfte aus dem Ausland. Der Umgang mit internationalen Fachkräften, Geschäftsleuten und Investoren wird somit zunehmend wichtiger. In nahezu allen Lebensbereichen ist auch die öffentliche Verwaltung mit ihren Angeboten und Dienstleistungen involviert. Der wachsenden Internationalisierung unserer Stadt steht jedoch nicht nur eine überbordende Bürokratie gegenüber. Ebenso stoßen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Selbstständige - Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen, internationale Studentinnen, Azubis oder Flüchtlinge - auf sprachliche Hürden, wenn sie mit der Berliner Verwaltung in englischer Sprache kommunizieren möchten. Diesen Umstand gilt es nicht zu unterschätzen, denn er führt im globalen Wettbewerb um Fachkräfte, Unternehmensansiedlungen und -neugründungen zu einem entscheidenden Standortnachteil.

Will Berlin nicht den Anschluss an die internationale Spitze verlieren, muss die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung möglich sein und somit Englisch als Verkehrssprache etabliert werden. Es versteht sich von selbst, dass jede weitere Fremdsprache wie etwa Arabisch, Türkisch, Russisch, Polnisch oder Vietnamesisch, die eine Verwaltungsmitarbeiterin oder ein Verwaltungsmitarbeiter beherrscht, unsere Metropole zusätzlich attraktiv macht. Es muss jedoch anerkannt werden, dass Englisch nach wie vor die Sprache von Wirtschaft und Wissenschaft ist und in den meisten Ländern als erste Fremdsprache an den Schulen unterrichtet wird.

Von dieser Maßnahme unberührt bleibt § 23 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz, wonach die Amtssprache in Deutschland Deutsch ist, was in Bezug auf den rechtsverbindlichen Behördenverkehr maßgeblich ist.

Viele Beschäftigte der Berliner Verwaltung verfügen bereits über solide Grundkenntnisse der englischen Sprache. Es ist aber davon auszugehen, dass den meisten von ihnen schlicht die Routine im Alltag fehlt, um auf Englisch zu kommunizieren. Für eine Ergänzung des Angebotes um eine Kommunikation in englischer Sprache muss daher den betreffenden Beschäftigten diese Kompetenz professionell vermittelt werden.

Mit der Etablierung von Englisch als Verkehrssprache in der Berliner Verwaltung würde Berlin seinem Ziel, eine internationale und weltoffene Fortschrittsmetropole mit einer modernen öffentlichen Verwaltung zu sein, einen wichtigen Schritt näherkommen.

Berlin, 3. Januar 2023

Czaja, Rogat
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin